Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

17 (21.1.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 17 | **Donnerstag, den 21. Januar 1932** | **103. Jahrgang**

Kurze Tagesübersicht

Die Frage, ob am 25. Januar die Konferenz in Lausanne zusammentritt, ist immer noch ungeklärt. Deutschland hält an der Konferenz fest, in Frankreich wartet man den Lauf der Kammerdebatte ab.

*

Amerika hat in Paris auf die Sondierungen Lavals mitteilen lassen, daß es in der Schuldenfrage kein Entgegenkommen zeigen könne.

*

Die Aussprache in der französischen Kammer zeigt, daß Laval eine ansehnliche Mehrheit bekommen wird.

*

In Norwegen ereignete sich eine riesige Natrium-Explosion, die großen Schaden anrichtete.

*

Die deutsche Abordnung zur Völkerbundstagung in Genf wird von dem Gesandten von Weizsäcker geführt.

*

Der neue erhöhte Butterzoll tritt am Samstag in Kraft.

*

In Tokioer politischen Kreisen wird die Auflösung des japanischen Parlaments als unvermeidlich betrachtet.

*

Der am Mittwoch in Genf eingetroffene bulgarische Ministerpräsident hat in einem ausführlichen Bericht vor dem Finanzausschuß des Völkerbundes die Zahlungsunfähigkeit seines Landes erklärt.

Kampf um Lausanne

Frankreich gegen Amerika

Der Kampf um die Konferenz von Lausanne neigt sich seinem Ende zu. Die Besprechungen, die zwischen den interessierten Regierungen auf diplomatischem Wege im Gange sind, können als so weit gediehen gelten, daß das Rätselraten um die Reparationen einer klaren Erkenntnis der Sachlage Platz macht. Diese Sachlage ist vom deutschen Standpunkt aus alles andere als befriedigend. Aber sie ist nun einmal da, und so muß mit ihr ernstlich gerechnet werden.

Deutschlands Tributgläubiger mit Frankreich, England und Italien an der Spitze sind sich darüber einig, daß das Reich nach Ablauf des Hoover-Moratoriums am 1. Juli keine Zahlungen zu leisten imstande ist. Um dem großen Problem der endgültigen Tributstreichung aus dem Wege zu gehen, wollen die betreffenden Mächte zunächst einmal Deutschland **einen neuen Zahlungsaufschub gewähren.** Die Lausanner Konferenz soll sich daher nur auf Anfertigung eines neuen Moratoriumsabkommens beschränken und sich dann bis ans Jahresende vertagen. Inzwischen würden die Wahlen in Deutschland, Frankreich und Amerika stattfinden. Auch die Abrüstungskonferenz würde ihre Arbeiten bis dahin zumindest in großen Zügen abschließen.

Das ist die Grundlage, auf der sich Frankreich, England und Italien noch vor Beginn der Lausanner Konferenz zu verständigen gedenken. **Die deutsche Forderung nach der endgültigen Lösung der Reparationsfrage würde hiermit bestimmt hinfällig werden** und Deutschland vor die Wahl gestellt werden, entweder sich zu beugen und sich mit dem vorläufigen Zahlungsaufschub zu begnügen, oder den Kampf gegen die geeinte Gläubigerfront aufzunehmen.

Das sind die Gedankengänge, die heute in den meisten Blättern der Gläubigerländer zu finden sind. Das ist die Stimmung, die in diesen Ländern vorherrscht, ganz gleich, wie sie sich stimmungsmäßig im einzelnen zu Deutschland stellen. Deutschland soll zunächst einmal einen neuen Zahlungsaufschub erhalten, und das Weitere wird man sehen.

Nun hat die Sache einen großen Haken. Das laufende Moratorium, das auf die Initiative des amerikanischen Präsidenten Hoover in Wirksamkeit ist, befreit nicht nur Deutschland von politischen Zahlungen an seine Gläubiger, sondern zugleich auch diese ihrerseits von den Zahlungen an Amerika. Mit anderen Worten: **das Moratorium betrifft nicht nur die deutschen Reparationszahlungen, sondern auch die Kriegsschulden der früheren Alliierten.** Die Frage, die sich jetzt erhebt, lautet: Soll der weitere Zahlungsaufschub nur die Tribute oder auch die Kriegsschulden betreffen? Das erste hängt ausschließlich von den Ländern der Entente, das zweite dagegen von Amerika ab. Aber das amerikanische Parlament will ja von einem weiteren Zahlungsaufschub nichts wissen. Der Kongreß vertritt vielmehr die Ansicht, daß zunächst Europa sich selbst helfen muß. Dies kann nichts anderes bedeuten, als daß zunächst die europäischen Gläubiger Deutschlands auf die Tributleistungen verzichten sollten.

Jetzt bekommt es Frankreich mit der Angst zu tun: Was wird geschehen, wenn Amerika sich weigert, seinerseits einen Zahlungsaufschub zu bewilligen?

Das Bestreben Frankreichs geht demzufolge dahin, **von Amerika feste Zusicherungen** zu erhalten. Daher die **Anfrage der französischen Regierung in Washington,** eine Anfrage, die nichts anderes darstellt, als ein Versuch, die Verantwortung Amerika zuzuschieben.

Der Konferenz von Lausanne ist es beschieden worden, bis zum letzten Augenblick in der Schwebe zu bleiben. Hinter ihren Kulissen spielen sich aber Vorgänge ab, die geeignet sind, die Entscheidungen der Konferenz vorwegzunehmen und dies in einem Sinne, der nicht den Bedürfnissen Deutschlands, seinen lebenswichtigen Bedürfnissen, entspricht.

*

London und die Konferenz in Lausanne

London, 20. Jan. In hiesigen wohlunterrichteten Kreisen ist man angesichts der Vertagung der französischen Kammer bis Donnerstag der Ansicht, **daß die Konferenz in Lausanne wahrscheinlich am Montag nicht zusammentreten wird.** John Simon wird am Samstag nach Genf abreisen, um an der Völkerbundsratstagung teilzunehmen.

*

Deutschland gegen ein zweites Hooverjahr

Sondierungen des englischen Botschafters — Frankreich und Lausanne

Berlin, 20. Jan. Aus London liegen Nachrichten vor, wonach die englische Regierung durch ihren Berliner Botschafter bei der Reichsregierung hat sondieren lassen, **ob Deutschland mit einer Verlängerung des Hoovermoratoriums durch ein zweites Feierjahr einverstanden sein würde. Das ist den englischen Informationen zufolge von Dr. Brüning abgelehnt worden.** Diese Darstellung dürfte den Tatsachen entsprechen. Es ist richtig, daß Sir Horace Rumbold am letzten Dienstag eine längere Unterredung mit dem Kanzler gehabt hat. Eine andere Antwort, als Dr. Brüning ihm gegeben hat, konnte er schon deshalb nicht bekommen, weil die Verlängerung des Hooverjahres nur eine Maßnahme sein würde, die im Rahmen des Youngplanes bleibt und die **Lösung erneut für längere Zeit hinauszögert.** Außerdem würde ein zweites Hooverjahr die Uebernahme weiterer deutscher Verpflichtungen bedeuten. **Die Sachverständigen, die ja schließlich auch von Frankreich mitberufen worden sind, haben aber ausdrücklich festgestellt, daß Deutschland nicht zahlen kann,** daß die Initiative für Beseitigung der gegenwärtigen Schwierigkeiten über den Youngplan ausgehen müsse und daß Gefahr im Verzuge ist. Sie haben die Regierungen kategorisch aufgefordert, so schnell wie möglich zu handeln. Dieser Bericht der Sachverständigen muß für die weitere Lösung maßgebend sein, wenn es gelingen soll, die Welt über die Krise hinwegzubringen. Bis zum Ablauf des Hooverjahres, also bis zum 1. Juli, sind es noch über 5 Monate. Das ist nach deutscher Auffassung eine ausreichende Zeit, um **eine vernunftgemäße Lösung** herbeizuführen, die die Verlängerung des Feierjahres überflüssig machen würde.

Leider läßt es **Frankreichs Haltung** aber immer zweifelhafter erscheinen, ob die Konferenz von Lausanne zu dem vorgesehenen Zeitpunkt beginnen kann. **Die Wahl von Lausanne entspricht dem französischen Vorschlag,** dem England und schließlich Deutschland zugestimmt haben, obgleich namentlich die Reichsregierung gern einen anderen Konferenzort gesehen hätte. Frankreich hat außerdem erreicht, daß der Konferenzbeginn verschoben wurde. Die französische Regierung hat zwar vermieden, zu dem Datum des 25. Januar ihre offizielle Zustimmung zu erklären. Bisher ist im letzten Stadium der Konferenzvorbereitungen aber immer nur vom 25. Januar die Rede gewesen und Frankreich hat schon durch sein Stillschweigen sein Einverständnis kundgegeben. Nun scheint es jedoch, daß wegen des Datums neue Schwierigkeiten aufgetaucht sind. **Man spricht schon davon, daß infolge des französischen Sträubens mit einer erneuten Verschiebung der Konferenz zu rechnen sei.** Dieser Eindruck beruht vorläufig auf ausländischen Stimmen, die die Möglichkeit andeuten, daß **England** nichts anderes übrigbleiben werde, als **die Einladung zur Lausanner Konferenz zurückzuziehen.** Auch wenn diese Ankündigungen sich bestätigen, kann kein Zweifel darüber sein, daß die Reichsregierung mit aller Entschiedenheit gegen eine erneute Verschiebung der Konferenz ist.

*

Lausanner Konferenz nun am 28. Januar?

T.U. **Paris,** 20. Jan. In hiesigen politischen Kreisen verlautet, daß der Beginn der Lausanner Tributkonferenz vom 25. auf den 28. Januar verschoben werden solle. Grundsätzliche Beschlüsse seien jedoch weder in London noch in Paris gefaßt worden, da man den Ausgang der Abstimmung in der französischen Kammer abwarten wolle.

Tatsächlich bleibt die Frage also noch vollkommen in der Schwebe.

*

Lausanne am 25. Januar „technisch nicht mehr möglich"

England bemüht sich weiter um Vorvereinbarungen.

T.U. **London,** 20. Jan. Das englische Kabinett befaßte sich am Mittwoch mit der Tributfrage und beschloß, die weitere Erörterung hierüber auf einen anderen Tag der Woche zu schieben, so daß die Angelegenheit wahrscheinlich nicht vor dem Freitag wieder auf der Tagesordnung des Kabinetts stehen wird. Die Verhandlungen, die von der englischen Diplomatie mit Paris und Berlin gepflogen werden, um einen Ausgleich zwischen dem deutschen und französischen Standpunkt zu schaffen, in der Hoffnung, daß die Lausanner Konferenz doch noch zustande kommt, sind am Mittwoch fortgesetzt worden. Ein Ergebnis wurde nicht erzielt. Man glaubt, daß sich diese Verhandlungen mindestens bis zum Freitag hinziehen werden, da auch die parlamentarische Lage in Frankreich hierbei zu berücksichtigen sei. Infolgedessen ist man hier der Ansicht, daß ein Zusammentritt der Lausanner Konferenz am kommenden Montag technisch unmöglich ist. Sollte es noch möglich sein, irgend welche internationalen Vereinbarungen zustande zu bringen, so will die englische Regierung eine kurze Verschiebung der Konferenz um einige Tage anstreben und daran festhalten, daß die Konferenz von verantwortlichen Ministern beschickt wird.

Trotz der offensichtlichen englischen Bemühungen um das Zustandekommen einer internationalen Tributkonferenz, sowie um die Einleitung einer Endlösung werden die Aussichten für das Gelingen dieses Planes pessimistisch beurteilt. Offensichtlich laufen die gegenwärtigen Verhandlungen darauf hinaus, eine Formel zu finden, die den Beteiligten, vor allem Frankreich, die Möglichkeit läßt, das Gesicht zu wahren. Der „Star" rechnet mit einer Sachverständigenkonferenz, die „Empfehlungen" ausarbeiten wird. Diese sollten dann einer Konferenz im November (?) vorgelegt werden.

Der deutsche Botschafter hat für den Donnerstag eine Unterredung mit dem englischen Außenminister verabredet.

*

London amtlich: „Die Lausanner Konferenz kann am Montag nicht beginnen."

T.U. **London,** 20. Jan. Eine am Mittwoch abend vom Auswärtigen Amt ausgegebene Verlautbarung besagt, daß die Besprechungen zwischen den an Lausanne hauptsächlich interessierten Mächten noch nicht beendet seien. Es sei jedoch klar, daß die Konferenz nicht am nächsten Montag beginnen könne, wie man es ursprünglich beabsichtigt habe. Die englische Regierung hoffe, daß es möglich sein werde, zu einer zufriedenstellenden Einigung hinsichtlich des weiteren Fortganges der Verhandlungen während der nächsten Tage zu kommen.

*

Vor einer neuen Kammererklärung Lavals

T.U. **Paris,** 20. Jan. Am Donnerstag nachmittag wird die Aussprache über die allgemeine Politik in der Kammer fortgesetzt. Zunächst werden sieben Interpellanten, darunter Pierre Cot und Louis Marin ihre Anfragen begründen, worauf eine Antwort Lavals zu erwarten ist. Da sich diese Antwort in erster Linie auf die Außenpolitik bezieht, sieht man ihr hier mit Spannung entgegen.

*

Schlechte Presse für Laval in Italien

T.U. **Rom,** 20. Jan. Die Regierungserklärung Lavals findet in Italien eine ausgesprochen schlechte Presse. Die Blätter warnen davor, es mit der Unnachgiebigkeit zu weit zu treiben, da Europas Schicksal auf dem Spiel stehe. Ob Frankreich gegen ganz Europa standhalten könne, werde man bald sehen — meint das „Lavoro Fascista" — Laval solle nicht von freiwillig abgeschlossenen Verträgen sprechen, denn man wisse ganz genau, mit welcher „Freiheit" in Versailles, im Haag und in Spaa verhandelt worden sei. Aus wahnsinniger Angst vor der Einbuße seiner politischen und finanziellen Vorherrschaft lehne Frankreich seine Beteiligung an dem Wiederaufbau Europas ab.

Die „Tribuna" betont, daß Frankreich sich in seinen beiden Zielen, der Geldhäufung und der Riesenrüstung, immer mehr von seinen ehemaligen Verbündeten entferne, sodaß ihm jetzt nicht nur Deutschland, sondern auch seine früheren Verbündeten gegenüberstünden. „Wir erinnern daran, so schließt die „Tribuna", daß die isolierte Politik der Faustpfänder, die Politik der Ruhrbesetzung, gescheitert ist."

*

Der Eindruck in London

London, 20. Jan. Die Blätter schildern die **Verwirrung, die wegen der geplanten Konferenz herrscht,** drücken aber die Hoffnung aus, daß die interessierten Mächte sich in irgend einer Weise einigen werden. Sie stellen fest, daß **Deutschland** mit einer bloßen Verlängerung des Moratoriums nicht einverstanden ist und auf seinem Zusammentritt der Konferenz beharrt, daß aber andererseits **vor Abschluß der französischen Kammeraussprache eine Klärung der Lage unmöglich sei.** Die Blätter halten es für ausgemacht, daß mit oder ohne Konferenz in Lausanne ein Aufschub der Hauptfragen erschieht.

„Daily Mail" und „Daily Express" **lehnen eine Beseitigung der deutschen Entschädigungsverpflichtungen entschieden ab.**

„Times" betont, daß weder eine „gemeinsame Front" von Gläubigern gegenüber Deutschland, noch eine „gemeinsame Front" von Schuldnern gegenüber Amerika gebildet worden sei. Die britische Regierung wünsche dringend eine freie Vereinbarung zwischen Gläubigern und Schuldnern.

„Daily Telegraph" betont, daß Lavals Erklärung **die Dinge auf den toten Punkt bringe.** In erster Linie sei eine vernünftige Haltung Deutschlands und Frankreichs notwendig, denn irgendwie müßten die europäischen Mächte es fertig zu bringen, an die Arbeit zu gehen.

„Morning Post" führt aus, daß eine endgültige Entschädigungsvereinbarung die Besorgnis Frankreichs berücksichtigen müsse, **daß Deutschland durch Streichung seiner Verpflichtungen zu mächtig werden könnte.** Andererseits müsse England aber auch angesichts seiner großen Darleben an Deutschland an die verhängnisvollen Folgen eines deutschen Zusammenbruchs denken.

Die „News Chronicle" erklärt, die einzige Rechtfertigung für eine Vertagung der Konferenz wäre der vorherige Abschluß einer grundsätzlichen, allgemeinen Vereinbarung, über deren Einzelheiten später verhandelt werden könnte.

Zur Abrüstungskonferenz

Stimson führt die amerikanische Delegation

Washington, 20. Jan. Präsident Hoover hat Staatssekretär Stimson mit der Führung der amerikanischen Delegation bei der Abrüstungskonferenz beauftragt. Zunächst wird Botschafter Gibson die Delegation führen. Botschafter Dawes kann infolge seiner Ernennung zum Präsidenten der Reconstruction Financ Corporation nicht nach Genf gehen. Staatssekretär Stimson wird die Führung erst Ende Mai, nach Abschluß der deutschen und der französischen Wahlen, übernehmen, da er zur Zeit hier durch wichtige Amtsgeschäfte festgehalten ist. Hierzu gehört die durch **Lavals Schritt** akut gewordene **Frage einer sechsmonatigen Verlängerung des Hoover-Moratoriums.** Zwar hält man hier diese Hinausschiebung der Lausanner Konferenz für bedauerlich und bedenklich, aber man dürfte in parlamentarischen Kreisen dieser Verlängerung, wenn die europäischen Schuldner formell darum nachsuchen sollten, keinen ernsthaften Widerstand bereiten.

Die sowjetrussische Abordnung für die Abrüstungskonferenz

Genf, 20. Jan. Die Sowjetregierung hat dem Völkerbundssekretariat mitgeteilt, daß sie auf der Abrüstungskonferenz durch den Volkskommissar für Auswärtiges, **Litwinoff,** vertreten sein wird. Außerdem gehören der russischen Abordnung als Hauptdelegierte noch der Botschafter in London, Sokolnikow, der ehemalige Volkskommissamr für Unterrichtswesen Lunatscharski und der Militärattache Langewog an.

Die deutsche Delegation für den Völkerbundsrat

Berlin, 20. Jan. Die deutsche Delegation für den Völkerbundsrat wird unter Leitung des Gesandten von Weizsäcker stehen. Weiter werden der Delegation angehören als Völkerbundsreferent Geheimrat von Kamphovener, als Sachverständige für Wirtschaftsfragen Ministerialrat Posse und Gesandtschaftsrat Ulbricht, als Sachverständige für Ostpreußen Ministerialdirektor Meyer und Geheimrat Noebel, als Sachverständiger für die mandschurische Frage Geheimrat von Schoen, für die Minderheiten Legationsrat Roediger und als Sachverständiger für die Saarfragen Legationsrat Voigt.

*

Boncour soll Laval auf der Völkerbundsratstagung vertreten

Paris, 20. Jan. Wie die Agentur Havas zu wissen glaubt, soll Ministerpräsident **Laval** die Absicht haben, Senator Paul **Boncour** zu bitten, Frankreich auf der nächsten Tagung des Völkerbundsrates am 25. Januar zu vertreten, da er selbst infolge seiner parlamentarischen Verpflichtungen in Paris bleiben müsse.

Tages-Anzeiger

Donnerstag, den 21. Januar.

Bad. Landestheater: „Der Troubadour", 20—22¾ Uhr.
Scala-Tonfilm-Theater: „Die große Attraktion", 7 und 8¾.
Union-Theater: „Das Lied ist aus", 7 und 8¾ Uhr.

Stegerwald über „Weltkrise und Sozialpolitik"

T.U. **Berlin,** 20. Jan. Am Mittwoch sprach Reichsarbeitsminister Stegerwald im Rundfunk über das Thema „Weltkrise und Sozialpolitik". Der Minister führte dabei u. a. aus, daß durch die Krise der letzten Jahre die Sozialpolitik der ganzen Welt betroffen worden sei. Ueber 20 Millionen Arbeitslose, viele Milliarden jährliche Unterstützungskosten, das sei das Bild, das der Arbeitsmarkt der Welt nach 17 Jahren eines unbefriedeten Europa biete. Man habe jahrelang nicht gesehen, daß wenn Deutschland verarmt, die anderen selbst in den Verarmungsprozeß hineingezogen würden.

Dieser Verarmungsprozeß zeige sich auch auf dem Gebiet der Löhne. Die deutsche Regierung habe letzthin Lohnsenkungen zulassen müssen. Die Löhne seien in Italien soweit gesenkt worden, daß eine weitere Reduktion weder möglich noch nützlich erscheine. Zum Schlusse betonte Stegerwald, daß der einseitige Sturm auf die Löhne und Gehälter nicht als Heilmittel für die Gesundung der Weltwirtschaft anzusehen sei und daher auch von der Reichsregierung abgelehnt worden wäre. Wir müßten von der Einstellung herunter, daß zwar Kartell- und Zollschutz etwas Selbstverständliches seien, daß aber der Lohnschutz unzulässig und das freie Spiel der Kräfte hier allein das Gegebene sei.

Die Sozialpolitik würde in Deutschland im Zeichen der Not vielfach für sich allein gesehen, was aber falsch sei. Wir hätten im Großen gesehen, zwischen drei Möglichkeiten zu wählen und zwar:

1) die Arbeiterschaft würde gleichberechtigt in das privatwirtschaftliche System mit ausreichendem staatlichen Schutz eingegliedert, oder

2) die Wirtschaftsführung würde immer mehr dem Staat überantwortet oder aber

3) es würde ein korporatives System mit erhöhter Selbstverwaltung und Selbstverantwortung der beteiligten Arbeitgeber und Arbeitnehmer herausgebildet, bei dem dem Staat eine ähnliche Aufsicht und Kontrolle wie gegenüber der politischen Selbstverwaltung obliegen würde.

Der Einblick in Staat und Wirtschaft und der Einfluß auf deren Entwicklung könnten den Arbeitnehmern nicht vorenthalten werden. Damit bilde sich eine gesteigerte Verantwortung des ganzen Volkes für Staat und Wirtschaft heraus.

Natriumexplosion in Norwegen

Bergen, 20. Jan. Infolge der Ueberschwemmungen in Badheim drang das Wasser ins Lagerhaus der Chemischen Fabrik ein. Da Natrium bei der Berührung mit Wasser sich entzündet, **entstand eine Explosion, die das Gebäude und ein daneben liegendes zweites Natriumlagerhaus in Brand steckte.** Die herumschwimmenden brennenden Natriumbehälter setzten noch verschiedene kleine Lager und das Holzlager der Fabrik in Brand, das vollständig eingeäschert wurde. Verluste an Menschenleben sind nicht zu verzeichnen. Der Sachschaden dürfte sehr hoch sein.

Die Natrium-Explosion bei Bergen

Bergen, 20. Jan. Die gemeldete Natriumexplosion in der elektrotechnischen Fabrik von Badheim konnte nach längeren Bemühungen erstickt werden. Das Feuer hat **zwei Lagergebäude mit etwa 60 Tonnen Natrium völlig zerstört, ferner eine Anzahl kleinerer Häuser und einen Teil der Fabrikanlagen vernichtet.** Mehrere Personen, die sich an den Rettungsarbeiten beteiligten, erlitten durch den mit Gas vermischten Rauch starke Verbrennungen. Dieser Rauch trieb in dichten Schwaden bis zu der zwei Kilometer von der Unglücksstelle entfernten Stadt Badheim selbst, wo gleichfalls einige Personen Verbrennungen, hauptsächlich im Gesicht, erlitten. Die Höhe des Schadens läßt sich zur Stunde noch nicht angeben. Umso weniger, als das Feuer noch immer weiter glimmt, sodaß es schwierig ist, Untersuchungen anzustrengen. Die Verbindung mit der Brandstelle ist auch noch dadurch besonders erschwert, daß die verschiedenen Telephonleitungen durch den Erdrutsch zerstört worden sind, der eine Folge der durch das milde Wetter verursachten Schneeschmelze in den Bergen ist.

Die deutsche Außenhandelsbilanz 1931

Von besonders informierter Seite wird uns geschrieben:

Mit der soeben erfolgten Bekanntgabe der Außenhandelsziffern für den Monat Dezember wird es möglich, die Außenhandelsbilanz des Jahres 1931 zu ziehen.

Der Dezember brachte auf der Einfuhrseite eine Steigerung von 482 Millionen RM. auf 488 Millionen RM., mengenmäßig allerdings noch mehr, denn die quantitative Steigerung der Einfuhr ist auf etwa 5 Prozent anzusetzen. An den erhöhten Einfuhrziffern sind vor allen Dingen Lebensmittel, Getränke, aber auch Rohstoffe und gewisse industrielle Fertigwaren beteiligt.

Die Ausfuhr sank von 734 Millionen RM. im November auf 712 Millionen RM. im Dezember. Einen gewissen Ausgleich bot die Steigerung der Reparations-Sachlieferungen, die im Vormonat 14 Millionen RM. ausmachten und im Dezember auf 26 Millionen RM. stiegen. Die Gesamtminderung gegenüber November würde also nur 11 Millionen RM. betragen, doch enthält die Dezemberstatistik für mindestens 30 Millionen RM. statistische Sammelanschreibungen solcher Ausfuhren (größere Maschinenlieferungen usw), die zum wesentlichen Teil bereits in früheren Monaten erfolgten und jetzt lediglich beendet wurden. Damit ergibt sich gegenüber dem November ein **Absinken der Ausfuhr** um 5 bis 6 Prozent. Abgenommen hat die Ausfuhr besonders nach solchen Ländern, deren Währung entwertet ist, z. B. nach Dänemark, Schweden, England. Das Geschäft nach **Rußland** zeigt noch eine Steigerung (plus 18 Millionen RM.). Der Ausfuhrüberschuß beträgt im Dezember unter Einrechnung der Reparationslieferung 250 Millionen RM. gegen 267 Millionen RM. im November.

Für das ganze Jahr 1931 ergeben sich, wieder einschließlich Reparations-Sachlieferungen bei der Ausfuhr, im reinen Warenverkehr 6721,5 Millionen RM. Einfuhr und 9598,6 Millionen RM. Ausfuhr, mithin ein Ausfuhrüberschuß von 2877,1 Millionen RM.

Gegenüber dem Rekordmonat Oktober 1931 mit 878,7 Millionen RM. Ausfuhr hat der Dezember ein Absinken der Exportwerte um 140 Millionen RM. gebracht, und dieses Absinken wird sich zweifelos in den nächsten Monaten noch fortsetzen, während auf der Einfuhrseite der erschöpften Rohstofflager wegen wahrscheinlich mit einer langsamen Steigerung zu rechnen ist.

Die neue Butterzollregelung

Berlin, 19 Jan. Die Reichsregierung hat den **autonomen Butterzoll von 50 Reichsmark auf 100 Reichsmark für den Doppelzentner erhöht.** Auf die Einfuhr aus Ländern, deren Währung unter die Goldparität gesunken ist, wurde gemäß der Verordnung des Reichspräsidenten über außerordentliche Zollmaßnahmen vom 18. Januar d. J. ein Zuschlag von 15 Prozent des Wertes der Butter oder von 36 Reichsmark je Doppelzentner eingeführt. Der dieser Berechnung des Zollzuschlags zu Grunde gelegte Wert der Butter ist unter Berücksichtigung der Ware vor dem Sinken der Währungen unter die Goldparität auf 240 Reichsmark je Doppelzentner angesetzt worden. Der Butterzoll für die Länder, mit denen das Deutsche Reich nicht in einem handelsvertraglichen Verhältnis steht, wurde auf 170 Reichsmark je Doppelzentner festgesetzt. Der autonome Zoll für Quark aus Magermilch wurde auf 17 Reichsmark je Doppelzentner erhöht.

Inkrafttreten der neuen Butterzollsätze

Berlin, 20. Jan. Im Reichsanzeiger vom 20. Januar 1932 wird die Verordnung der Reichsregierung über die Aenderung des Butterzolles veröffentlicht. Die neuen Zollsätze für Butter treten am 23. Januar 1932, der neue autonome Zollsatz für Quark aus Magermilch, Molkeneiweiß dagegen erst am 1. Februar 1932 in Kraft.

Der dänische Außenminister über die Erhöhung des deutschen Butterzolls

Kopenhagen, 20. Jan. Minister des Aeußeren, Munch, erklärt in der „Politiken", daß die Erhöhung des deutschen Butterzolls in Dänemark stärkstes Bedauern hervorrufen werde. Man habe in Dänemark volles Verständnis dafür, daß die Verhältnisse in Deutschland eine Herabsetzung der Einfuhr erfordern, aber Dänemark sei nicht nur Verkäufer, sondern auch einer der größten Käufer, und der Rückgang der dänischen Kaufkraft werde im wesentlichen gerade Deutschland treffen.

Ich warte auf deine Liebe

Roman von Gert Rothberg

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

[10

Hilma von Bender senkte den Kopf. Wenn man sie doch nur endlich in Ruhe ließe! Sie wußte ganz genau, daß sie nicht mehr mit den viel jüngeren und schöneren Mädels verglichen werden konnte. Und sie hatte sich mit ihrem Schicksal auch längst abgefunden. Es genügte ihr, wenn sie für die drei wilden, gesunden Buben ihres Bruders die gute Tante sein durfte. Sie war dieser ewigen, aufreibenden Jagd auch wirklich müde. Detlef, der Bruder, hatte ihr erst vor kurzem gesagt:

„Mucke auf! Papa und Mama müssen immer Befehle austeilen, das steckt nun mal so drin. Schließlich haben wir früher eben doch eine Menge Dienerschaft gehabt, ehe der große Krach kam. Ich hab' auch ein armes Mädel genommen. Daß ich unsinnig glücklich bin, lassen die Eltern nicht gelten. ‚Du hast dich verplempert', sagte Mama mir erst neulich. Du siehst also, daß man mir auch noch nicht verziehen hat. Aber dich sollen sie in Ruhe lassen, armes Ding."

Leider konnte Detlef ihr nicht helfen, und seit Dietrich von Rheinsberg wieder daheim war, war die Mama wie besessen.

„Er ist gut vierzig. Was willst du noch mehr? Eine passendere Partie bietet sich nicht gleich wieder. Es wäre wirklich an der Zeit, daß du uns nun endlich die Freude machen würdest."

Hilma hatte gehorsam genickt, obgleich sie ganz genau wußte, daß dieser schöne große Mann dort drüben gar nicht daran dachte, um sie zu werben. Die Eltern würden in dieser Hinsicht nur eine neue Enttäuschung erleben, und sie würde es dann büßen müssen.

Dietrich von Rheinsbergh wußte natürlich auch längst, mit was für Wünschen und Hoffnungen man sich ringsum trug. Aber er lächelte nicht einmal darüber. Er grübelte nur voll schweren Ernstes der Frage nach, wie er wohl das Vertrauen Elme von Dörrings gewinnen könnte. Er hätte ihr ja nur zu erzählen brauchen, was er mit ihrer Mutter einst vereinbart hatte. Aber — wenn man ihr bereits Argwohn eingeträufelt hatte, dann brauchte sie ihm nicht zu glauben, daß wirklich einst nur alles um ihretwillen geschah.

Wie sehr sie ihrer Mutter ähnlich war! Da, die Bewegung des blonden Kopfes! Und das Haar war dasselbe. Aber Marias Augen waren heller gewesen. Und in ihnen hatte immer eine stille Entsagung gelegen. In Elmes Augen aber lagen Trotz und der Wille, sich durchzusetzen. Sie hatte augenscheinlich Temperament, die kleine, schöne Elme.

Rheinsbergh lächelte weich. Elme war ja auch sein Kind. Nicht von seinem Blute, aber doch sein Kind nun, da sie die Mutter verloren hatte. An ihren Vater dachte er kaum noch. Er war für ihn schon damals ausgelöscht, als er sich weigerte, die Beleidigung, die ihm von Rheinsbergh angetan worden war, zu rächen. Rheinsbergh sah scharf zu Elme hinüber.

Hatte sie etwas von diesem Vater? Er konnte keine Aehnlichkeit entdecken. Die Dörrings waren immer alle tiefschwarz gewesen. Und die kleine, zierliche Figur stammte auch nicht von den Dörrings.

Aber der Charakter! Der konnte anders sein als bei ihrer Mutter. Die war so sanft und anlehnungsbedürftig gewesen, und gerade das hatte ihn, Rheinsbergh, so stark gefesselt. Gerade darum hatte er sie lieben müssen. Und nie hatte er die zarte Frau vergessen. Auch dann nicht, wenn draußen im tosenden Leben der Zufall eben doch ab und zu Frauen seinen Weg kreuzen ließ.

Dietrich wurde aus seinen Gedanken gerissen. Seine Tante Löwenried rauschte auf ihn zu.

„Nun, wie gefällt dir dein kleiner Schützling? Reizend, nicht? Aber Studien hab' ich gemacht, auch reizend. Wie vorsichtig man sich zurückhält inmitten der jungen Herren. Weil man der Meinung ist, Elme sei arm. Flirten und tanzen, ja, das möchte man schon und wird es auch, sobald Elme aus dem Trauerjahr heraus ist. Aber heiraten würde sie keiner. Sie sind alle bereits genügend von daheim gewarnt. Und dabei sind es meist Söhne reicher Eltern, die so berechnend sind. Zum Lachen, wenn es nicht so traurig wäre. Das Kind tut mir leid. Aber noch viel mehr leid wird sie mir tun, wenn sie ihr Erbe antreten wird und wenn die Meute sich auf sie stürzen wird. Dann wolle es Gott geben, daß es ihr nicht genau so geht, wie es einst ihrer Mutter ging, die auch eine Waise war und dann Dörring in die Hände fiel. Wenn du doch recht bald heiraten würdest, dann könntest du sie anders schützen, Dietrich. So, unter diesen Verhältnissen, sehe ich nicht recht klar."

„Liebe Tante, das ist nun schon dein zweiter Anlauf, mich in eine Ehe hineindirigieren zu wollen. Ich muß dir aber immer wieder sagen, daß ich gar nicht an eine Heirat denke. Ich bleibe Junggeselle."

Sie sah ihn vorwurfsvoll an. Dann sagte sie:

„Und an den alten Namen Rheinsbergh denkst du nicht, daß er mit dir erlischt?"

In seinen Augen blitzte es auf, doch er sagte nichts. Und die alte Dame sagte leise:

„Jetzt bist du noch jung. Für einen Mann das schönste Alter, eine glückliche Ehe einzugehen. Sieh dir doch Brigitte Brach an. Ein schönes Mädel und reich! Dabei nicht mehr gar so jung. Du willst doch schließlich einen ernsten Kameraden. Den hättest du in Brigitte. Ich kann dir wirklich nur raten..."

„Liebe Tante, unternimm nach dieser Seite hin nichts; es würde mir tatsächlich leid tun, wenn du in unangenehme Situationen kämest. Ich könnte dir dann nicht helfen. Brigitte war schon immer ein schönes, kluges Mädel; als Frau aber kommt sie nicht für mich in Betracht."

So ruhig und bestimmt hatte er es gesagt, daß Frau von Löwenried wußte, daß sich nichts an seinem Entschluß ändern würde. Klug, wie sie war, fing sie ein anderes Gespräch an

(Fortsetzung folgt.)